



6. Juni 2025

Hessischer Verkehrsminister führt Mitglieder der Fluglärmkommission absichtlich hinters Licht

Mainz, 06. Juni 2025 — Mainzer Umweltdezernentin und stellv. Vorsitzende im FLK-Vorstand Janina Steinkrüger, äußert massive Kritik am Vorgehen des Hessischen Verkehrsminister und Fraport:

"Der Hessische Verkehrsminister Kaweeh Mansoori hat offensichtlich kein Interesse daran, die Mitglieder der Fluglärmkommission ehrlich und transparent zu informieren. Nur wenige Tage nach seiner persönlichen Vorstellung in der letzten Sitzung wurden Einladungen zu einem nicht näher erklärten „Informationsgespräch“ an einen kleinen Kreis kommunaler Vertreter aus dem Vorstand versendet. Dort wurden die kommunalen Vertreter mehr oder weniger vor vollendete Tatsachen gestellt mit einem neuen Betriebskonzept, dass die verstärkte Nutzung der Nordwestrouten beinhaltet. Das gesamte Vorgehen zeigt eindeutig, dass Fraport den Fokus ausschließlich auf den weiteren Ausbau ihrer Kapazitäten legt. Die Belastung der Bevölkerung durch Fluglärm und das Bemühen um eine Fluglärmvermeidung scheint nichts andere als

Landeshauptstadt Mainz

Hauptamt

Pressestelle | Kommunikation

Stadthaus Große Bleiche

Große Bleiche 46/Löwenhofstraße 1

55116 Mainz

Telefon: 49 6131 12 22 21

Telefax: 49 61 31 12 33 83

E-Mail: pressestelle@stadt.mainz.de

www.mainz.de



Makulatur zu sein. Das Vertrauen in eine bisher eigentlich gute und transparente Zusammenarbeit des FLK-Vorstands mit Land, DFS und Fraport ist durch diese Vorgehensweise massiv geschädigt", so Steinkrüger.

Die Südumfliegung belastet bereits jetzt schon den Mainzer Süden (Mainz-Laubenheim, Mainz-Weisenau). Da Mainz-Mombach und die Neustadt als einwohnerstärkster Stadtteil durch die Nordabflugroute betroffen ist, würde sich in der Folge bei der vermehrten Nutzung der Nordwestrouten der Lärmteppich noch weiter über Mainz ausdehnen – dies bedeutet, dass insgesamt eine noch höhere und untragbare Belastung für die Stadt Mainz einhergeht.

Die Stadt Mainz wird gemeinsam mit den anderen betroffenen Kommunen auf hessischer Seite prüfen, ob die vorgestellte Betriebsänderung überhaupt mit dem bestehenden Planfeststellungsbeschluss vereinbar ist. Wir halten uns offen gegen diese Vorgehensweise rechtliche Schritte einzuleiten.

Landeshauptstadt Mainz

Hauptamt
Pressestelle | Kommunikation
Stadthaus Große Bleiche
Große Bleiche 46/Löwenhofstraße 1
55116 Mainz

Telefon: 49 6131 12 22 21
Telefax: 49 61 31 12 33 83
E-Mail: pressestelle@stadt.mainz.de
www.mainz.de